

Zukunft der europäischen Einigung aus der Perspektive junger Menschen

Zusammenfassung eines Vortrags von Robert Benjamin Biskop auf der 2. Perspektiv-Konferenz des Konvent für Deutschland mit dem Thema "Quo vadis Europa?" am 24. Mai 2012 in der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund in Berlin

Die Position der Bundesrepublik in der Gemeinschaft europäischer Länder unterliegt seit ihrem Bestehen erheblichen Schwankungen. Bei der Gründung von EGKS, EWG und Euratom 1951 und 1957 war es auch ein Ziel der übrigen Staaten, insbesondere Frankreichs, Deutschland so eng in die europäische Zusammenarbeit einzubinden, dass eine Wiederholung seiner drei auf seine Nachbarn gerichteten Angriffskriege unmöglich würde. Durch jahrzehntelange Bemühungen, hohe finanzielle Beiträge sowie eine betonte Zurückstellung seiner nationalen Interessen gelang es der Bundesrepublik das Vertrauen seiner europäischen Nachbarn zu gewinnen.

Mit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise und deren krisenhaften Auswirkungen in schwächeren Euro-Ländern wurde Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht Europas in eine Führungsrolle gedrängt. Bundeskanzlerin Angela Merkel übernahm diese Rolle zunächst zögerlich, etablierte später aber mit erheblicher Konsequenz einen Kurs der Austerität als Antwort auf die Finanzkrise. Hierbei wurden Bedenken und Widerstände insbesondere der südlichen Euro-Länder übergangen, Großbritannien und Tschechien lehnten den deutschen Vorschlag ab. 2011 einigten sich die übrigen Staats- und Regierungschefs der EU im sogenannten Fiskalpakt auf das deutsche Modell der Begrenzung der Staatsverschuldung.

Deutschland leistet den jeweils höchsten Einzelanteils im EU-Haushalt, in den Rettungs-, Hilfs- und Stabilisierungsprogrammen sowie in den Einlagen der EZB. Demnach ergibt sich aus aktuellen Schätzungen, dass die Bundesrepublik z.B. durch einen Euro-Austritt Griechenlands Verluste von mind. 85 Mrd. Euro zu tragen hätte.

In den Wahrnehmungen der Bevölkerungen in den Krisenstaaten - teilweise durch die einheimischen politischen Eliten bewusst verzerrt - wurde die EU (und indirekt auch Deutschland) zu einem unbequemen „Spardiktat“ über nationale Haushalte.

Die Europäische Gemeinschaft, gegründet auch mit dem Ziel der Kontrolle über Deutschland, wurde nun umgekehrt als Instrument der Aufsicht Deutschlands über andere Länder empfunden. Die enormen finanziellen Beiträge Deutschlands (und weiterer Geberländer) bleiben hierbei weitestgehend ausgeblendet.

So entstand ein gravierender Verlust des in Jahrzehnten mühsam aufgebauten deutschen Ansehens, welches sich bis hin zu emotionalen Ausbrüchen (Hakenkreuzfahnen bei Demonstrationen in Athen) steigerte. Spätestens mit den Wahlen am 6. Mai 2012 in Frankreich und Griechenland wurde sichtbar, dass dem deutschen Modell der Austerität die demokratischen Mehrheiten in Europa verloren gehen. Direkt nach Bekanntgabe seines Wahlsiegs sprach Francois Hollande für von einem ersehnten Ende der Sparsamkeit, dies wolle er Deutschland so schnell wie möglich sagen. Die „Süddeutsche Zeitung“ bezeichnete Deutschland am 7. Mai als „isolierten Hegemon“. Hollandes Parteisprecher Benoît Hamon sagte am 13. Mai im Fernsehsender „France 3“ sinngemäß, Merkel könne nicht im Sinne deutscher Wirtschaftsinteressen alleine über das Schicksal Europas entscheiden. Zeitgleich rückt aufgrund der labilen innenpolitischen Situation eine Insolvenz und ein Euro-Austritt Griechenlands immer näher.

Die Frage ist nun: Wie kann Deutschland seine historisch gewachsenen Werte (Unabhängigkeit der Notenbank, Geldwertstabilität) und seine Interessen (gute Exportmöglichkeiten, keine ausufernden Transfers) innerhalb der Krise des Euros sowie der damit einhergehenden politischen Polarisierungen und zunehmend divergierenden Positionen der EU-Mitgliedern wahren?

Aus meiner Sicht ist der Mut erforderlich, endlich ernsthaft den Geburtsfehler des Euros (Währungsunion ohne politische Union) anzugehen. Zunächst muss zwischen den fünf wirtschaftlich starken Ursprungsländern der EU (Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg) eine stringente Konvergenz in der Wirtschafts-, Fiskal-, Sozial- und Bildungspolitik und damit in Standards wie Mehrwertsteuersatz, Einkommensbesteuerung, Renteneintritt, Kündigungsschutz etc. hergestellt werden.

Es ist meines Ermessens unmöglich zeitgleich alle 17 Länder der Eurozone und schon gar nicht alle 27 EU-Länder dauerhaft auf tiefgreifende Konvergenzkriterien festzulegen, ohne dass es zu erheblichen politischen Verwerfungen wie aktuell in Griechenland kommt. Gelingt diese Einigung zwischen fünf Ländern, könnten sich weitere Nationen nach und nach den dann bereits etablierten Standards anschließen (entsprechende Fahrpläne wären zeitnah vereinbar).

Für das politisch belastbare Gelingen der Vollendung gemeinsamer Integration wird in den fünf Ländern die enge Zusammenarbeit der Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und insbesondere auch der jungen Generationen entscheidend sein.

Ein gestuftes Verfahren ist kein bequemer Vorschlag, es unterscheidet sich von der Position des Mainstreams, ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ um jeden Preis vermeiden zu wollen. Ich bin aber

überzeugt, dass in der aktuellen Krise dieser Weg einen nachhaltigen Beitrag zum Überleben und zur Zukunftsfähigkeit des Euro leisten und damit dem Ziel der inneren Vollendung der Einheit Europas von allen aktuell möglichen Optionen am ehesten gerecht werden würde.